

# VENEZUELA nachrichten

Bulletin der Botschaft der Bolivarischen Republik Venezuela  
in der Bundesrepublik Deutschland - Nr. 16 - 14. Juli 2009



## Hugo Chávez: "Wir werden Honduras so lange helfen, bis die Demokratie zurückkehrt"

Präsident Hugo Chávez unterstrich am Sonntag, 5. Juli, dass „wir Honduras weiter unterstützen werden, bis die Demokratie wiederhergestellt sein wird“. Diese Erklärungen gab er gegenüber TeleSur nach Abschluß der Feierlichkeiten zum 198. Jahrestag der Unabhängigkeit Venezuelas in Ciudad Bolívar im Bundesstaat Bolívar ab.

Mit Blick auf die Situation in Honduras bedauerte er, dass Menschen verletzt und andere in der Umgebung des honduranischen Flughafens ermordet wurden, als die Putschisten gewaltsam gegen eine Massendemonstration vorgingen, die sich dem Ort näherte, um den rechtmäßigen Präsidenten Zelaya zu empfangen. „Dort ist ein würdiges Volk“, fügte er hinzu.

Er kritisierte die Haltung von Kardinal Óscar Andrés Rodríguez, der seines Erachtens die selbe Haltung einnimmt, die auch die Kardinäle in Venezuela während des Putsches von 2002 eingenommen hatten.

Zu den Ereignissen in dem zentral-amerikanischen Land sagte er: „Die Schuld trägt die honduranischen Bourgeoisie und das Oberkommando. Beide werden vor der Geschichte Rechenschaft ablegen müssen“.

Er zweifele nicht daran, dass Zelaya nach Honduras zurückkehren werde und bekräftigte, dass „diese Gorilla-Regierung sich dort nicht halten kann, sie wird stürzen“. Er rief die würdigen Militärs von Honduras auf, ihre

Waffen nicht mit noch mehr Blut zu füllen, sondern sich dem Volk ihres Landes anzuschließen und ihre Unterstützung für die De-Facto-Regierung zu beenden.

Er warnte, dass im Falle von Honduras umfassende Maßnahmen notwendig seien, da es sich dort um den „Beginn einer Offensive (handelt), die ihren Augenblick auch in einem anderen Teil des Kontinents gekommen sehen wird“, wie die Episoden, die es bereits in Ländern wie Venezuela, Bolivien und Ecuador gegeben habe. Es gehe darum, die Entwicklung freier und souveräner Nationen zu verhindern.

Presseamt des Präsidenten, 5.7.09

## Putschisten verhaften Journalisten von VTV und TeleSur

Honduranische Journalisten haben energisch die erzwungene Ausweisung der Journalistenteams von TeleSur und Venezolana de Televisión (VTV) verurteilt, die sich in Tegucigalpa, der Hauptstadt von Honduras, aufgehalten haben und dort Schritt für Schritt die Entwicklung der Demonstrationen und Ereignisse verfolgt haben, die sich in diesem zentralamerikanischen Land seit dem Militärputsch vom 28. Juni ereignet haben, als der rechtmäßige Präsident Manuel Zelaya gestürzt wurde.

von einer Gruppe Polizisten verhaftet, die erklärten, die Auswiesepapiere der im Hotel Clarion von Tegucigalpa untergebrachten venezolanischen Journalisten überprüfen zu müssen.

Dies hat den Protest der honduranischen Journalisten hervorgerufen, die vor allem darauf hinweisen, dass diese beiden Fernsehkanäle die einzigen sind, die der Welt die Realität berichten, die Honduras unter der Diktatur von Roberto Micheletti erlebt.

gegen TeleSur und VTV Teil der eisernen Kontrolle Michelettis gegen die internationale Presse eingeführt hat, „die die einzige ist, die der Welt sagt, dass das, was wir in Honduras erleiden, ein Staatsstreich ist“.

„Diese Regierung benutzt ihren bewaffneten Arm, um die Pressefreiheit zu beschneiden und ihre internationale Kampagne zu stärken, um die Diktatur von Micheletti zu rechtfertigen“, fügte er hinzu.

Die Reporter, Kameralleute und Techniker von TeleSur und VTV wurden Samstagabend

Der Journalist des Senders Radio Globo, Carlos Paz López, sagte, dass die Maßnahmen

ABN, 12.07.09

# Erklärung der Regierung der Bolivarischen Republik Venezuela über den Staatsstreich

Die Regierung der Bolivarischen Republik Venezuela verurteilt den Staatsstreich der honduranischen Oligarchie gegen die verfassungsmäßige Regierung des Präsidenten Manuel Zelaya Rosales und gegen das Volk von Honduras.

Präsident Manuel Zelaya Rosales ist entführt worden. Er wurde gewaltsam von einer Gruppe putschistischer und heimatloser Militärs aus seiner Residenz geholt, stundenlang isoliert und gewaltsam aus seinem Land ausgewiesen. Vermummte Militärs entführten die Außenministerin Patricia Rodas und



Gobierno Bolivariano de Venezuela

Ministerio del Poder Popular para Relaciones Exteriores

schlugen die Botschafter von Kuba, Nicaragua und Venezuela, während sie diese willkürliche Verhaftung vornahmen. Diese würdelosen Militärs sind vor den nationalen und internationalen Gesetzen für die Verbrechen und die Verletzung der Verfassung und der Gesetze verantwortlich, die sie verüben.

Die Regierung der Bolivarischen Republik Venezuela ruft die internationale Gemein-

schaft dringend auf, diese Situation zu verurteilen und die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um den Staatsstreich in Honduras zu stürzen und die rechtmäßige Regierung des Präsidenten Manuel Zelaya Rosales wieder einzusetzen.

Caracas, 28. Juni 2009

MPPRE, 28.06.09

## Der Putsch in Honduras ... oder: Angst vor der Freiheit

Der honduranische Präsident Manuel Zelaya hat die Bürger seines Landes zu einer Volksbefragung aufgerufen, damit sie durch ihre Stimme darüber entscheiden sollten, ob sie den rechtlichen Rahmen der Nation durch eine neue politische Verfassung reformieren möchten. Eine Befragung dieser Art kann ergeben, dass die Bevölkerung die Eröffnung eines solchen Prozesses für nicht notwendig hält oder, im gegenteiligen Fall, dass die Mehrheit dafür ist. Die Antwort würde man nur nach der Auszählung der Stimmen kennen. Aber der Militärputsch stürzte den Präsidenten Zelaya noch vor Beginn der Befragung.

Warum solche Angst davor, die Bevölkerung zu befragen? Warum erscheinen die neuen politischen Verfassungen verschiedener Länder Lateinamerikas gewissen kleinen, aber mächtigen Gruppen so unpassend?

Bolivien und Ecuador haben kürzlich ebenfalls starke Ausbrüche durch Gruppen erlebt, die dagegen sind, dass in die oberste Regelung der Nation - die Verfassung - Rechte aufgenommen werden, die der Gesamtheit der Bevölkerung nutzen, wie die Bestimmung, dass das Wasser keine Besitzer haben darf und es deshalb freien Zugang zu diesem Gut geben muss. Oder dass die Staaten das Angebot von Bildung, gesundheitsversorgung und Lebensmittelsicherheit für alle Einwohner garantieren müssen.

Die Verfassungsreform von 1988 in Brasilien öffnete die Türen für die Überwindung eines jahrhundertalten Bildungsdefizits für einen Großteil der Bevölkerung mit geringen Einkommen im Land, und heute können die riesigen Fortschritte auf diesem Bereich erkannt



werden, wie auch in der schnellen Integration der traditionell ausgeschlossenen Bevölkerung.

Wie kann es Gruppen geben, die sich den Gesetzen einer Nation widersetzen, die sich der Befriedigung solcher Bedürfnisse widmen und sie in die Kategorie eines Rechts erheben? Warum so viel Angst davor, die einfachen Menschen gut auszubilden? Oder davor, dass man sich mit einem einfachen Gehalt oder mit dem Besitz eines kleinen Stückchen Land, auf dem das Notwendige angebaut werden kann, angemessen ernähren kann?

Es scheint, dass die Putschisten in Honduras Alpträume haben, dass so etwas in ihrem Land geschehen könnte. Und mehr noch, dass so etwas aufgrund einer Volksbefragung passieren könnte. Diese Angst vor dem demokratischen Wandel, vor einem Wandel

ohne Blutvergießen, der in den Ländern Lateinamerikas und der Karibik erreicht wurde, erschreckt sie so sehr, dass sie lieber in der Geschichte bis in die Zeiten der Militärdiktaturen und der Bananenrepubliken zurück gehen wollen.

Der Putsch ist von der ganzen Welt einstimmig verurteilt worden, von den Ländern Amerikas und den Mitgliedern der Europäischen Union bis zur Verurteilung in den Vereinten Nationen. Die illegale Regierung von Honduras ist isoliert und die Missachtung des demokratischen Willens ihres Volkes kann in dieser neuen Etappe nicht dauerhaft sein, in der sich die Nationen des Kontinents geöffnet haben und Respekt für den Volkswillen einfordern, der sich in Abstimmungen und durch neue Räume ausdrückt, die die Gesamtheit der Bevölkerung umfassen.

Jaime Torres, Zeitschrift Panamérica, Berlin

# Venezuela solidarisiert sich an seinem Feiertag mit dem Volk von Honduras

Am Montag, 6. Juli, empfing die Botschaft der Bolivarischen Republik Venezuela in Deutschland Vertreter der deutschen Bundesregierung, das in Berlin akkreditierte diplomatische Korps, die hier lebende venezolanische Gemeinde und weitere Ehrengäste zum offiziellen Empfang in Erinnerung an den 198. Jahrestag der Unabhängigkeit, der im Berliner Hotel Ritz Carlton stattfand.

Mehr als 500 Gäste überbrachten in einem harmonischen Ambiente und zu den Rhythmen der klassischen venezolanischen Musik, die von Bildern, Aromen und Speisen des Landes begleitet wurde, ihre Grüße, Solidarität und Sympathie für unser Land.



Botschafterin Blancanieve Portocarrero richtete sich an die Anwesenden und hob die historische Bedeutung des 5. Juli 1811 für das venezolanische Volk hervor, als ein freies und souveränes Land geboren wurde, das „für mehr als ein Jahrhundert Räume für den Aufbau der tiefgreifenden Demokratie, der partizipativen Demokratie, der Demokratie kollektiver Entscheidungen, die aus dem Feuer des Alltags entstehen, das Tag für Tag dem Traum von der Unabhängigkeit, den unsere Befreier geträumt haben, neue Kraft verleiht.“

Die Diplomatin erklärte weiter, dass die Bürgerinnen und Bürger Venezuelas „heute ohne Ausgrenzung die Schöpfer ihrer eigenen Realität, die Kontrolleure des Öffentlichen und die Handelnden ihrer lebenswichtigen Räume sind“. Venezuela habe die ersten zehn

Jahre Leben vollendet und verfüge über ein moralisches Erbe zutiefst freier und kreativer Werte, die es unterfüttert und möglich macht. „Denn wenn der venezolanische Prozess etwas Besonderes hat, dann ist es gerade die Rettung und Neudimensionierung des Menschen als denkender und entscheidender Akteur seiner eigenen sowohl individuellen wie kollektiven Lebensprozesse“.

Besonders ging sie auf den demokratischen Vorschlag des bolivarianischen Projektes auf internationaler Ebene ein. „Wir haben das Ziel, zum Aufbau einer multipolaren, ausgleichenden, gerechten und friedlichen Welt beizutragen; das sind die großen Werte, die den integrationistischen Geist der Philosophie der Bolivarischen Allianz für die Völker Unseres Amerika (ALBA) nähren, die sich auf Solidarität, Komplementarität und gesell-

schaftlichen Humanismus gründet“. Als praktischen Ausdruck solidarisierte sich die Botschafterin mit dem Volk von Honduras.

Im zweiten Teil des Programmes erfreute das aus dem Geiger Juan Manuel González und dem Klavierspieler Rhodri Clarke bestehende Duo die Anwesenden mit einem interessanten Repertoire verschiedener traditioneller Stücke aus Venezuela, das mit dem bekannten Werk „El Pajarillo“ endete, das ein unantastbarer Bestandteil unseres musikalischen Erbes ist.

Eine Präsentation unserer kulinarischen Kultur mit Arepas, Empanaditas und typischen Süßigkeiten schloß diesen Abend ab.

Pressestelle der Botschaft, 7.7.09

## Chávez an Obama: Schluß mit Hilfe für Putschisten

Es ist an der Zeit, dass US-Präsident Barack Obama klar seinen Vorschlag für eine Veränderung der Lateinamerika-Politik der Vereinigten Staaten zeigt, indem er die gesamte US-Hilfe für die nach dem Sturz des rechtmäßigen Präsidenten Manuel Zelaya entstandene De-Facto-Regierung in Honduras zurückzieht.

Das forderte Venezuelas Präsident Hugo Chávez Frías am Sonntag während der Ausgabe Nummer 335 seiner Sendung Aló, Presidente, die diesmal aus Valle de Tacarigua im Staat Aragua kam.

„Obama, zieh die Gringo-Soldaten aus Honduras ab, entziehe den Putschisten jede Unterstützung, friere ihre Konten ein, entziehe ihnen die Visa, damit diese Regierung sofort abtritt. Damit würden Sie ihr Ende beschleunigen, denn sie beziehen ihren Sauerstoff aus

dem Imperium“, richtete sich Chávez an seinen US-amerikanischen Amtskollegen.

Für Präsident Chávez ist es notwendig, dass der Präsident im Weißen Haus eine klare Position zu seiner versprochenen Politik der Integration und des Wandels sowie eines Endes des Interventionismus und der Einmischung in die Angelegenheiten des Völker unseres Amerika und der Welt einzunehmen, wofür der gegenwärtige Schauplatz Honduras sei.

„Wenn die US-Regierung den Putsch wirklich nicht unterstützt, dann hätte sie alle ihre Truppen aus der Militärbasis Palmerola abgezogen. Wenn sie diese Maßnahme ergreift, zeigt das, dass sie den Putsch nicht unterstützt“, sagte er.

Er warnte Obama: „Betrüge nicht die Welt“



mit einem Diskurs, der den Handlungen widerspreche. „Dies ist die Zeit der Prüfung, zeige, ob Sie in Wahrheit bereit sind, sich den Falken des Imperiums entgegen zu stellen. Wenn nicht, gehen sie besser, denn dann würden sie noch schlechter enden als Bush.“

ABN, 12.07.09

# ALBA-Botschafter in Berlin gemeinsam gegen Putschisten

Am 29. Juni haben die Leiter der diplomatischen Vertretungen von Venezuela, Ecuador, Kuba, Bolivien und Nicaragua in der Bundesrepublik Deutschland eine Pressekonferenz einberufen, um vor zahlreichen Vertretern deutscher Zeitungen, Rundfunk- und Fernsehstationen den am Morgen des 28. Juni 2009 in Honduras begangenen Staatsstreich zu verurteilen.

Venezuelas Botschafterin Blancanieve Portocarrero begrüßte die Journalisten und verlas die Erklärung des Ministerium der Volksmacht für Auswärtige Beziehungen der Bolivarianischen Republik Venezuela, in der die Regierung den Putsch in der Schwesterrepublik Honduras verurteilt, und fügte hinzu, dass ALBA, Mercosur, SICA, die Rio-Gruppe, die OAS und die Europäische Union ebenso den Staatsstreich verurteilen, der die Legalität und Legitimität des gewählten Präsidenten Manuel Zelaya bricht.

Portocarrero rief zur Rettung der Würde des honduranischen Volkes auf und forderte die Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Garantien und die Respektierung der politischen, sozialen, kulturellen und Menschenrechte.

Der kubanische Botschafter Gerardo Peñalver erklärte: "Wir sind sicher, dass sich die Wahrheit und Gerechtigkeit gegenüber diesen Ereignissen Bahn brechen werden und es in einer Welt wie der heutigen schon nicht mehr möglich ist, brutale Staatsstreich durchzuführen, die internationales Recht verletzen, wie es der Fall des Putsches in Honduras ist. Die Zeit der Militärdiktaturen in Lateinamerika ist vorbei, und wir sind überzeugt, dass die sofortige Mobilisierung der internationalen öffentlichen Meinungen und der internationalen Organisationen sowie insbesondere des honduranischen Volkes verhindern werden, dass sich dieser Staatsstreich durchsetzt und dafür sorgen, dass der rechtmäßig gewählte Präsident José Manuel Zelaya zurückkehrt.

Auch der Botschafter von Ecuador, Horacio Sevilla Borjas, unterstrich die Verurteilung seiner Regierung gegenüber diesem Angriff



auf die lateinamerikanische Demokratie und erklärte, dass die Unterstützung aller Länder Amerikas, einschließlich der USA, lebenswichtig für die Wiedereinsetzung des Präsidenten Zelaya und des Rechtsstaates in Honduras sei. Weiter informierte er, dass der ecuadorianische Präsident Rafael Correa für die nächsten Stunden eine Sondersitzung der Rio-Gruppe einberufen hat.

Auch die Geschäftsträger der Botschaften der Republik Nicaragua und der Republik Bolivien klagen den Staatsstreich an und solidarisierten sich mit dem Volk von Honduras und dem Präsidenten Manuel Zelaya.

Anschließend hatten die Journalisten die Gelegenheit, Fragen zu stellen. Sie interessierten sich für die Meinung der Botschafter, welche Maßnahmen die ALBA-Länder ergreifen werden, um eine wahrheitsgemäße und angemessene Information der öffentlichen Meinung und insbesondere der deutschen Öffentlichkeit sicherzustellen. Gefragt wurde auch, ob dieser Staatsstreich in Honduras andere Demokratien in Lateinamerika beeinträchtigen könne.

Die venezolanische Botschafterin betonte hierzu, dass die Oligarchien in Honduras die Zeichen des demokratischen Fortschritts in Lateinamerika ignoriert haben, der sich im Aufbau eines neuen partizipativen und

protagonistischen Modells der lateinamerikanischen Völker voller Respekt der Menschenrechte und einer Welt des Friedens ausdrücke.

Sie erläuterte, dass die Gruppe der ALBA-Botschafter die Position ihrer Regierungen den Institutionen des deutschen Staates übermitteln sowie das Netz der Solidaritätsgruppen aktivieren werde, um die deutsche Öffentlichkeit über die wirkliche Lage des honduranischen Volkes zu informieren.

Die Botschafter hoben die Bedeutung der internationalen Öffentlichkeit für die Freiheit des Präsidenten Zelaya und für eine Wiederherstellung der Demokratie und des Respekts für das Volk von Honduras hervor. Sie erklärten, dass die OAS eine politische Entscheidung fällen müsse, die die Krise in Honduras lösen und den Weg der Demokratie wieder öffnen könne.

Pressestelle der Botschaft, 30.06.09